

Limmattalbahnhof: Streckenführung stösst in Neuenhof auf Widerstand

Geplante Streckenführung teilt das Dorf in zwei Hälften, so die Gegner. Und sowieso bringe sie keinen Nutzen.

Martin Rupp

Derzeit läuft der Bau der 2. Etappe der Limmattalbahnhof zwischen Killwangen und Schlieren. Doch geht es nach den Plänen des Kantons, soll die Strecke dereinst von Killwangen über Neuenhof und Wettingen bis nach Baden führen. Mitte Oktober ist die öffentliche Anhörung für den Richtplaneintrag angelaufen; sie dauert bis Mitte Januar (die AZ berichtete). Die Idee, die Limmattalbahnhof über Killwangen hinaus weiterzuführen, existiert schon länger. Im Sommer 2018 kristallisierte sich schliesslich heraus, wo die Linie zwischen Killwangen und Baden durchzuführen soll – nämlich über Neuenhof und das Wettinger Tägi (eine Variante wäre auch Würenlos gewesen). Susanne Voser, Gemeindeamman von Neuenhof, zeigte sich damals angetan von den Plänen: «Die Limmattalbahnhof ist nicht nur für Neuenhof, sondern für das ganze Limmattal eine grosse Chance.»

Gegner: «Gemeinderat widerspricht seinen Zielen»

Das sehen die Neuenhofer Werner Fülleemann, Toni Benz und Paul Marquart ganz anders. Alle drei waren auch Mitglieder der IG «wohnliches Neuenhof», die sich 2016 im Rahmen der Gesamtrevision der BNO gegen einzelne Punkte gewehrt und sich schon damals ablehnend zur Limmattalbahnhof geäussert hatte. In einem über zehnteiligen Schreiben führen sie auf, weshalb sie gegen die Pläne, sprich eine Limmattalbahnhof durch Neuenhof sind. Grundsätzlich setzten die Gegner Fragezeichen hinter die Wachstumsprognosen, wonach es im entsprechenden Korridor bis 2040 ein Gesamtwachstum (Einwohner und Arbeitsplätze) von rund 50 Prozent geben soll. «Wir beurteilen das Verdichtungspotenzial in den Gemeinden Neuenhof und Wettingen als weit geringer, da es sich vorwiegend innerhalb gewachsener Siedlungsstrukturen entwickeln muss und vor allem auf das Wohnen beschränkt bleiben wird», sagt Werner Fülleemann.

Insbesondere würde eine Integration der Limmattalbahnhof in die Zürcherstrasse in Neuenhof den Zielsetzungen widersprechen, die der Gemeinderat im Planungsbericht zum Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) selber postuliert habe. Nämlich unter anderem: Die Zürcherstrasse soll siedlungsorientiert ausgestaltet und eine Repräsentationsachse der Gemeinde sein und zudem für alle Verkehrsteilnehmer attraktiv sein. «Eine Integration der Limmattalbahnhof in die Zürcherstrasse in Neuenhof widerspricht diesen Zielsetzungen», ist Fülleemann überzeugt. «Der Raumbedarf für eine eigentrasse Strassenbahn ist viel zu gross, insbesondere bei den Haltestellen», so Fülleemann. Da eine Fahrt auf Sicht zu



Auf der Zürcherstrasse in Neuenhof könnte in ein paar Jahren die Limmattalbahnhof verkehren.

Bild: Alex Spichale

Auch Oase-Projekt stösst sauer auf

OASE Die Gegner der Limmattalbahnhofführung durch Neuenhof monieren auch die Pläne des Verkehrskonzepts Oase. «In den kantonalen Abteilungen für Raumplanung und Siedlungsentwicklung hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, dass bereits auf Stufe Richtplanung enorm umfangreiche Dossiers mit für Laien kaum mehr fassbaren Detailausführungen ausgearbeitet werden», schreiben sie. Dabei werde immer wieder betont, dass es sich nur um vorläufige Ergebnisse handle, die es später auf Projektstufe zu überprüfen gelte. «Zu beobachten ist leider,

dass später unter Verweis auf die Behördenverbindlichkeit der Beschlüsse im Grossen Rat, kaum je die erforderliche Beweglichkeit für abweichende Entscheidungen verbleibt.»

Die Unterzeichner fordern: «Auf die Limmattalbahnhof zwischen Neuenhoferstrasse in Baden und Schwimmbadstrasse in Wettingen sowie auf das Tunnelportal Neuenhoferstrasse in Baden sei zu verzichten. «Die Hochbrücke Baden weist eine Breite von 18 Metern auf. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Hochbrücke nicht als Mischverkehrsfläche funktionieren

könnte, wenn dies im Vorbereitung von Wettingen und sicher auch in der Fortsetzung in Baden (Schulhausplatz und Schlossbergtunnel) als machbar betrachtet wird», begründen die Gegner. Eine neue Verkehrsführung für den motorisierten Individualverkehr zwischen Baden und Wettingen würde zu erheblichem Umwegverkehr, längeren Fahrzeiten und einer zusätzlichen Belastung der angrenzenden Quartiere führen. «Und ein Umfahrungstunnel würde nur die heutigen Verkehrsprobleme auf die angrenzenden Verkehrsflächen verlagern.» (mru)

wenig Nutzen bringe, müsste die doppelspurige Bahn auf einem abgesicherten Trasse, das nur eingeschränkte Querungen erlauben würde, verkehren. Die Durchlässigkeit zwischen den Quartieren und das Ortsbild würden damit massiv verschlechtert.

Fast alle Haltestellen werden schon von Bussen bedient

Doch abgesehen davon, dass die geplante Bahn nicht ins Dorf passe, brauche es sie schlichtweg auch nicht. «Wir haben heute schon drei Buslinien, die im 15-Minuten-Takt durch Neuenhof fahren. Zwischen Baden und Killwangen gibt es zudem rund alle zwei Kilometer eine S-Bahnhaltestelle», so Fülleemann. Die geplante Verlängerung der Limmattalbahnhof würde zwischen Killwangen und Baden 20 Haltestellen bedienen – 19 davon seien identisch mit bereits bestehenden Haltestellen, die von den RVBW bedient würden. «In Neuenhof ist bis auf weiteres kein Bedarf für ein zusätzliches öffentliches Verkehrsmittel absehbar. Eine weitere Bahn entspricht nicht den Zukunftsvisionen für den öffentlichen Verkehr», ist Fülleemann überzeugt.

Zu starr sei die Linienführung, zu anfällig auf Störungen, zu gefährlich für andere Verkehrsteilnehmer, eine Barriere für die Quartiere, eine Verschlechterung des Ortsbildes. Als letzten Punkt führt Fülleemann die Kosten ins Feld: «Der bauliche und finanzielle Aufwand für die Einpassung einer Bahn in die gewachsene Siedlungsstruktur wäre mit rund 500 Millionen Franken gewaltig; das Kosten- Nutzenverhältnis enorm schlecht.»

Gemeinderat Hofer: «Diese Kritik ist erwünscht»

Fülleemann und seine zwei Mitunterzeichner kritisieren auch das Vorgehen des Gemeinderates. So habe dieser vor rund einem Jahr im Rahmen der Behördenvernehmlassung geschrieben, dass er bereit sei, die zusätzlichen Verkehrslasten im Sinne einer partnerschaftlichen Entwicklung der Region aufzunehmen: «Die Gemeinde Neuenhof leiste dadurch einen grossen regionalen Beitrag zur Entwicklung und Erschliessung der Region.» Fülleemann: «Diese Worte mögen beim Kanton und der regionalen Planungsgruppe gut ankommen, lässt aber eine vertiefte Be-

trachtung aus Sicht der kommunalen Interessen vermissen.» Auch sei die Stellungnahme des Gemeinderates ohne Einbezug der Bevölkerung erfolgt. «Von einem Gemeinderat darf erwartet werden, dass er bei überkommunalen Projekten in erster Priorität die Bedürfnisse seiner Gemeinde erkennt und vertritt und in einer solchen wichtigen Frage auch das Gespräch mit der Bevölkerung sucht», fordert er.

Gemeinderat Fred Hofer (FDP) antwortet darauf: «Die Bevölkerung hat das Recht, sich zum Thema zu äussern, was Herr Fülleemann und sein Komitee gemacht haben.» Diese Kritik, die erwünscht sei und bedenkenswerte Punkte enthalte, werde der Gemeinderat in seine Überlegungen mit einbeziehen. «Es ist aber nicht klar, welche Art des Einbezugs dem Komitee vorschwebt; eine Konsultativabstimmung wäre kein praktikabler Weg, da sich solche nur bei Fragestellungen eignen, die mit Ja oder Nein beantwortet werden können, was hier nicht der Fall ist», stellt Hofer klar. Der Gemeinderat werde sich während der öffentlichen Anhörungsfrist – unter Abwägung aller Aspekte – dazu vernehmen lassen.

Neues Personalreglement sorgte für Diskussionsstoff

Wettingen An der gestrigen Einwohnerratssitzung in Wettingen standen die Teiländerung der Nutzungsplanung für Schutzobjekte und das angepasste Personalreglement besonders im Fokus (die AZ berichtete). Bei ersterem äusserte sich vor allem die FDP-Fraktion kritisch, welche die Liste der Schutzobjekte als unverhältnismässige Beschneidung des Eigentums empfand. Einwohnerrätin Désirée Mollet: «Wir können nicht nachvollziehen, wie das eine oder andere Objekt in diese Liste gekommen ist.» Trotzdem stimme die FDP der Teiländerung lieber «zähneknirschend» zu, als dass am Ende der Kanton den schützenswerten Objekten eine noch strengere Regelung als die vorliegende überstülpt. Bei der Wettinger Vorlage beschränkt sich der Schutz vor allem auf das äussere Erscheinungsbild, der Kanton verlangt diesen auch im Innenbereich. Die Teiländerung wurde mit 42 Ja- zu 3 Nein-Stimmen (bei 2 Enthaltungen) genehmigt.

Vaterschaftsurlaub auch für Frauen

Für mehr Diskussionen sorgte das vom Gemeinderat neu überarbeitete Personalreglement. Das aktuelle stammt aus dem Jahr 1997 und benötigte eine Revision: Einerseits «verbesserte Arbeitsbedingungen, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern, aber auch um die Leistungen der Mitarbeiter zu honorieren», sagte Thomas Wolf, SVP-Einwohnerrat und Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK). In der Detailberatung stach ein Antrag der FDP-Fraktion besonders heraus. Diese hatte bereits im Fraktionsbericht das Recht der Mitarbeiter hinterfragt, die vorzeitige Pensionierung zu verlangen. Aber: «Der Gemeinderat soll seine Personalpolitik möglichst autonom bestimmen können», schrieb die Partei. Deshalb stellte die Fraktion einen konkreten Antrag, der dem Gemeinderat mehr Handlungsfreiheit gewährte. Einwohnerrat Leo Scherer von SP/WettiGrünen sprach sich gegen den Vorschlag aus: «So wie das die FDP vorschlägt, läuft das darauf hinaus, dass nur noch von Seiten der Gemeinde eine frühzeitige Pensionierung ausgesprochen werden kann.» Die Einwohnerräte erhielten mehrere Minuten Zeit, sich zu beraten. Danach wurde dem Antrag der FDP aber stattgegeben: mit 25 Ja- zu 18 Nein-Stimmen (bei 4 Enthaltungen). Mehr Zustimmung erhielt das Ansinnen von SP-Einwohnerrat Adrian Knaup. Er beantragte, dass vom Vaterschaftsurlaub, der neu von 10 auf 12 Tage aufgestockt werden soll, auch Frauen in eingetragenen Partnerschaften profitieren können, wenn ihre Partnerin entbunden hat. Auch dafür benötigten die Fraktionen zwar erst etwas Diskussionszeit, dem Antrag wurde aber eindeutig mit 36 Ja- zu 8 Nein-Stimmen (bei 3 Enthaltungen) entsprochen. Die gesamte Teiländerung des Personalreglements wurde am Ende mit 40 Ja- zu 6 Nein- (bei 1 Enthaltung) genehmigt. (cla)

ANZEIGE

DER NEUE OPEL VIVARO

RUEDI TINNER AG
Bruggstrasse 152 5400 Baden
Tel. 056 221 74 00 www.tinnerag.ch

ANZEIGE

Rohrputz-Lorlor
KANALSERVICE

Ihr regionaler Kanalreiniger

Gratisnummer 0800 321 220

SERVICE 24 STUNDEN